

# Der Gemeindegewerkschafter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands.  
Mitglied des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr.  
19

Erscheint alle 14 Tage. Durch  
die Post bezogen vierteljährlich  
114 6.00 Mk.

Köln, den 16. September 1922.

Geschäftsstelle: Köln, Benloer  
Wall 9. Fernspr. Anno 8538.  
Postfach-Konto Köln 18973.

10.  
Jahrg.

## Unser Würzburger Verbandstag.

**V**erbandstage sind im Gewerkschaftsleben von entscheidender Bedeutung. Alle Gedanken und Pläne, die in den Mitgliefern leben, auf dem Verbandstage treten sie aus ihrer Zurückhaltung hervor. Vor dieser obersten Instanz werden sie erörtert und haben sie sich einer eingehenden Prüfung auf ihre Durchführbarkeit zu unterziehen.

Bei einem Rückblick auf unseren 2. Verbandstag kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die ganzen Verhandlungen getragen waren von dem einheitlichen Bestreben, nur dem Wohle der Mitglieder zu dienen. Nicht alle geäußerte Wünsche hat der Verbandstag erfüllt, nicht allen Anträgen restlos seine Zustimmung gegeben. Als aber am 3. Verhandlungstage das Schlusswort gesprochen wurde, waren alle Teilnehmer der Ueberzeugung, daß ein gut Stück fruchtbringende Arbeit geleistet worden ist. Jeder hatte, obgleich die Aussprüche mitunter eine recht lebhaft war, das Gefühl, die gesprochenen Verhandlungen und die gefassten Beschlüsse werden uns bestimmt dem gewerkschaftlichen Ziele.

### Sehung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Mitglieder

ein gutes Stück näher zu bringen.

In grundsätzlichen Fragen gibt es in unserem Verbande, wie in der christlichen Gewerkschaftsbewegung überhaupt, keinerlei Meinungsverschiedenheiten. Parteipolitische Hader scheidet bei uns nicht über die Schwelle der gewerkschaftlichen Organisation. Wir hatten es daher auch nicht notwendig, wie die freien Gewerkschaften auf ihren Verbandstagen, versuchen zu müssen, diesen tiefbedauerlichen Riß zuzukleistern. Aus diesem Grunde konnte bei uns auch die ganze Kraft auf die Lösung der praktischen Aufgaben verwandt werden.

Einen ausführlichen Bericht über alle Einzelheiten zu erstatten, verbietet der knappe uns im Verbandsorgan zur Verfügung stehende Raum. Im Nachfolgenden sollen daher nur die wichtigsten Verhandlungen und Beschlüsse Erwähnung finden.

Neben den gewählten Delegierten hatten sich die Mitglieder des Zentralvorstandes und die Bezirksleiter vollständig eingefunden. Als Gäste nahmen teil die Herren Oberregierungsrat Anton Braun, als Vertreter der Kreisregierung von Unterfranken und Herr Stadtrat Hauf als Vertreter der Stadt Würzburg. Beide Vertreter würdigen in ihren Ansprachen die Bedeutung der Christlichen Gewerkschaften als Faktor beim Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens und wünschte den Verhandlungen einen Erfolg. Besonders lebhaften Beifall fand Herr Hauf, als er hervorhob, daß die Arbeit im gemeinnütigen Leben mehr Beachtung in der Öffentlichkeit finden müsse. Nur in gegenseitiger Achtung, die auch dem Arbeit-

ter als Menschen die volle Gleichberechtigung zuerkennt, zwischen Betriebsleitung und Arbeiterchaft, in Verbindung mit treuer Pflichterfüllung allerseits, schaffen die Möglichkeit, in dieser schweren Zeit die öffentlichen Betriebe so zu gestalten, daß sie den gestellten Anforderungen zum Wohle der Gesamtheit gerecht werden könnten.

Als Vertreter des Gesamtverbandes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm Generalsekretär Kollege Ditt an den Verhandlungen teil. Er würdigte in seiner Ansprache die Bedeutung der Gesamtbewegung für den einzelnen Verband. Mit lebhaftem Interesse verfolgte der Gesamtverband den Verlauf der Verhandlungen unseres Verbandstages.

Nachdem der Verbandstag sich eine Leitung gegeben, erstattete der Vorsitzende, Kollege Debenbach den

### Geschäftsbericht des Zentralvorstandes

für die letzten drei Jahre. Neben diesem mündlichen Bericht hat der Zentralvorstand in einer 80 Seiten starken Broschüre einen schriftlichen Bericht erstattet, auf den wir auch an dieser Stelle verweisen müssen. Einige erläuternde Bemerkungen hinsichtlich des Kassenerberichtes durch den Kollegen Krumböck und hinsichtlich der Verbandsorgane seitens des Kollegen Eickmann ergänzten den Geschäftsbericht. Nachdem die ständigen Kassensprüfer, sowie eine vom Verbandstage gewählte Kassensprüfungskommission, ihren Bericht erstattet hatten, erteilte der Verbandstag dem Zentralvorstande, für seine Geschäftsführung und dem Hauptkassierer für seine Kassensführung im besonderen, Entlastung.

### Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Neuorganisation des Verbandes.

Jede unnötige Zersplitterung in der Gewerkschaftsbewegung ist vom Uebel. Zusammenfassung der Kräfte, Verminderung jeden Aufwandes, der durch eine zweckmäßige Organisation sich erübrigt, rationelle Wirtschaftsführung sind nicht nur Gebote der deutschen Wirtschaft, sondern auch der Gewerkschaften. Die gewaltige Geldentwertung zwingt die Gewerkschaften auf möglichst sparsame Geschäftsführung zu achten, den größtmöglichen Erfolg mit möglichst geringstem Aufwand an Kräften und Kosten zu erreichen versuchen. Dieser Grundsatz ist innerhalb unserer Gesamtbewegung noch nicht vollständig durchgeführt worden. Die vollständig geänderte Struktur des deutschen Wirtschaftslebens in den letzten Jahren stellt uns vor neue Aufgaben. Wenn auch bisher im Allgemeinen der Wirkungskreis unseres Verbandes innerhalb der Gesamtbewegung genau umschrieben war, die Arbeitnehmer in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialbetrieben sowie der Straßen- und Kleinbahnunternehmungen uns als Organisationsgebiet zugewiesen wurden, so bestanden doch für einzelne Gruppen innerhalb der Gesamtbewegung Verbände, die ebenfalls An-



spruch auf dieses Gebiet machten. In Betracht kommt hier das Personal der Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, gewisse Gruppe von Staatsarbeitern und ein Teil der Betriebs- und Verkehrsbeamten.

Unter Mitwirkung des Generalsekretariats der Christlichen Gewerkschaften waren daher schon vor längere Zeit Verhandlungen gepflogen worden, um hier eine Aenderung herbeizuführen. Diese Verhandlungen endeten mit dem Ergebnis, daß hinsichtlich des Krankenpflegepersonals zwischen unserem Verbands und dem Verbands für die berufliche Krankenpflege eine Vereinbarung dahingehend getroffen war, daß sie ihren zu gleicher Zeit in Würzburg tagenden Verbandstagen einen Antrag unterbreiteten, sich zu vereinigen. Diese Vereinbarung fand in Würzburg beiderseitige Zustimmung.

Für die Verkehrs- und Betriebsbeamten bestand, abgesehen von den allgemeinen Beamtenverbänden, bisher noch keine besondere Organisation. Bei den jetzigen Verhältnissen, wo ein Teil der nämlichen Arbeitnehmer in einem Betriebe als Arbeiter, im anderen dagegen als Angestellte oder Beamte betrachtet werden, war die Zusammenfassung aller dieser Kräfte notwendig geworden. Es wurde daher beschloffen, eine besondere Abteilung der Beamten im Verbands zu schaffen. Die Verhandlungen wegen Übernahme einiger Gruppen von Staatsarbeitern, die bisher noch in anderen Verbänden organisiert sind, werden in kurzer Zeit wieder aufgenommen werden, und hoffentlich zu einem befriedigenden Abschluß geführt.

Dieser Aenderung in der Zusammensetzung des Verbandes entsprechend mußten auch der Aufbau und die Einrichtungen innerhalb des Verbandes geändert werden. Wir sind gewiß, daß auch die gesamten Mitglieder, ebenso wie die Delegierten es getan haben, einstimmig dem Beschlusse zustimmen, der besagt, daß der Verband in Zukunft den Titel führen soll

**Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe.**

Die Einführungen von Fachgruppen und Fachabteilungen für die einzelnen Sparten gibt uns die Gewähr, daß auch in Zukunft bei der Zusammenfassung dem Bedürfnis der einzelnen Berufsgruppen weitgehendst Rechnung getragen werden kann.

Ebenso wichtig, wie diese Neuregelung war auch die Anpassung des Verbandes an die durch die außerordentliche Geldentwertung geschaffene Lage.

#### Beiträge

and Unterstützungen sind nunmehr neu geregelt.

Hiernach betragen die Wochenbeiträge bei einem Wochenlohn

bis 300 M 4 M	von 601 " 750 M 10 M
von 301 " 450 M 6 M	" 751 " 900 M 12 M
" 451 " 600 M 8 M	" 901 " 1050 M 14 M

Die Beiträge erhöhen sich für je 150 M Mehreinkommen je um weitere 2 M.

Die Beiträge werden vom gesamten Einkommen berechnet. Bei Gewährung von Naturlohn (Kost und Logis) ist der Wert dem Haarlohn zuzurechnen. Versicherungsbeiträge und Steuerabzug werden nicht berücksichtigt, dagegen bleiben die sozialen Zulagen (Krankenzulagen, Frauen-, oder Familienbeiträge) außer Betracht.

#### Die Unterstützungen

sind ebenfalls grundlegend neu geordnet. Sie richten sich ebenso wie die Beiträge nach der Höhe des Einkommens in automatischer Weise nach der Höhe der gezahlten Beiträge.

Die wöchentliche Erwerbslosenunterstützung beträgt das dreifache des Wochenbeitrages. Bei der Berechnung ist der Durchschnitt der zuletzt bezahlten 13 Wochenbeiträge zugrunde zu legen. Sie erfolgt nur für Wochentage, ausschließlich der Sonntage.

Die Unterstützung wird gewährt bei einer Beitragsleistung von

52	156	260	390	520	650	780	910	1040
Wochen auf die Dauer von								
4	5	6	7	8	9	10	11	12
Wochen								

Genau so fand auch die Neuregelung des Sterbegeldes statt. Es beträgt nunmehr bei einer Beitragsleistung von 52 156 260 390 520 650 780 910 1040 Wochen das 15- 18- 20- 22- 24- 26- 28- 30-fache des durchschnittlichen Wochenbeitrages der in den letzten 20 Wochen gezahlt wurde.

Die Streikunterstützung wurde wie folgt festgesetzt.

Bei einer Mitgliedschaft von	13	26	52	104	und mehr Wochen
das	6-	12-	15-	18-fache	des im Durchschnitt der letzten 13 Wochen geleisteten Wochenbeitrages.

Einen ausführlichen Bericht werden die Delegierten in den nächsten Versammlungen zu erstatten haben. Es sei daher auf diese Berichterstattung, auf den schriftlich vorliegenden Geschäftsbericht, wie auch auf die in den nächsten Tagen erscheinenden neuen Satzungen zur näheren Orientierung hiermit verwiesen.

Mit der Fassung der Beschlüsse allein ist aber den Mitgliedern und dem Verbands nicht genügt. Sie gewinnen erst dann Gestalt und Leben, wirken sich erst dann aus, wenn sie auf der ganzen Linie zur reiblosen Durchführung gebracht werden. Das wird unsere nächste Aufgabe sein.

Nachdem nunmehr dem Verbandsrat die richtigen Kurs gegeben, die Ziele weiter gestellt, aber auch die Mittel angegeben sind, mit der wir das Ziel erreichen können, müssen sämtliche Kräfte eingesetzt werden.

Auf Einzelheiten kommen wir in der nächsten Nummer zurück.

## Die Aufgaben der Gewerkschaften auf kulturellem Gebiete.



er wollte leugnen, daß die Pflege der ideellen und kulturellen Güter in der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten ist. Die Aufgaben auf rein wirtschaftlichem Gebiete haben alle anderen zurückgedrängt. Um Lebensmöglichkeiten für die Mitglieder zu schaffen, mußte eine Lohnbewegung die andere ablösen. Vielfach mußte das Lohnabkommen zu kündigen beschlossen werden, bevor es endgültig abgeschlossen und in Kraft getreten war. Die Tätigkeit der Mehrzahl der Gewerkschaftsfunktionäre besteht heute fast ausschließlich in der Teilnahme an Verhandlungen, Wahrnehmung der Termine an den Schlichtungsinstanzen, Berichterstattung über den Stand der Lohnbewegung und Ausarbeitung von Forderungen und Tarifvertragsentwürfen. Alles dieses brennt uns unter den Nägeln. Nach dieser Richtung hin muß die Gewerkschaft auf den Posten sein.

So notwendig die Erfüllung dieser Aufgaben auch ist, so dürfen wir doch die Sozialen nicht außer acht lassen, die sich hieraus ergeben. Die fast ausschließliche Beschäftigung mit der Lohnfrage in Verbindung mit der täglichen Sorge um Aufrechterhaltung der Existenz, der Beschaffung der zum Leben unbedingt notwendigen Gebrauchsgüter, trägt wesentlich zur Stärkung der jetzigen materiellen Zeitrichtung bei. Die Erregung in der die Mitglieder durch die stän-

digen Lohnbewegungen verschert werden, legt dem Nominallohn, diesem Papiersegen, eine Bedeutung bei, die er in Wirklichkeit nicht hat. Anstatt den eigentlichen Ursachen des jetzigen Stands auf den Grund zu gehen, den Krankheitsherd der deutschen Volkswirtschaft energisch zu bekämpfen, haben wir uns, wenn auch durch die Not dazu gezwungen, darauf beschränkt, krankhafte Begleitererscheinungen einzudämmen.

Gestehen wir uns doch offen ein. Haben uns die Erhöhungen des Nominallohnes im letzten Jahre auch nur einen Schritt weiter gebracht? Ist nicht die Arbeitnehmererschaft trotz Verdoppelung der Löhne, in ihrer Lebenshaltung noch weiter hinabgeglitten in einem Maße, daß chronische Unterernährung in weiten Kreisen zu verzeichnen ist? Wird nicht durch diese Tatsache der unaufrichtbare Beweis erbracht, daß mit Vermehrung der Papierseime, die wir als Lohn empfangen, allein dem Uebel nicht Herr zu werden ist?

Wir der weiteren Entwicklung der deutschen Mark werden die Lohnbewegungen in noch stärkerem Maße, in noch längeren Zeiträumen einander folgend, geführt werden müssen, um die Kollekenschaft vor dem Zusammenbruche zu bewahren. Die christlichen Gewerkschaften und auch unser Verband werden hier ihren Mann zu stellen wissen. Wenn diese mühevollen Arbeit aber keine Esophusarbeit sein soll,



# Unsere Forderung zur Behebung der Wirtschaftsnot.

dann muß in erhöhtem Maße der Kollegenschaft zum Bewußtsein gebracht werden, daß mit Lohnerhöhungen allein, ebensowenig in der Zukunft wie in der Vergangenheit, der leidlichen und geistigen Not gesteuert werden kann. Sie müssen zu der Überzeugung kommen, daß nicht die heutige ungerechte Verteilung der Gebrauchsgüter allein die Ursache des leidlichen und seelischen Elends ist, weil auch durch die gerechteste Verteilung der wirtschaftlichen Güter keine Vermehrung derselben stattfindet. Aber selbst eine gerechtere Verteilung ist mit dem Mittel der nominellen Lohnerhöhung nicht zu erzielen.

Nicht das Geld regiert die Welt, sondern letzten Endes der Wille des Menschen. Jede Herrschaft, auch die des Geldes, wird gebrochen, wenn nur genügend tatkräftige Menschen einen ernstlichen Willen hierzu bekunden. Der Wille des Menschen aber wird geführt von seinen Anschauungen, von seiner Auffassung vom Zweck des Menschendaseins. Wenn allerdings der Besitz an materiellen Gütern mehr als zur hinreichenden Befriedigung der Lebensbedürfnisse erforderlich ist, als höchster Lebenszweck erachtet wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Kampf aller gegen alle entbrennt. Nur eine vollständige Umstellung der gegenwärtigen Zeitgeistes wird Besserung herbeiführen können. Nicht der Haß, der Neid, die Zwietracht, sondern brüderliche Liebe und Eintracht werden zur Gesundung führen. Die Zeiten müssen aufhören, wo nur der Haß, die Gewinnsucht die Zügel in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben führt.

Wenn es erst sämtliche Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu der Erkenntnis gelangt sind, daß nicht Lohnerhöhungen allein, sondern die Pflege der geistigen und kulturellen Güter uns aufwärts führen kann, und wir schon einen guten Schritt vorwärts gekommen. Allerdings schwer genug wird es heute gemacht, um zu dieser Erkenntnis zu kommen. Die materielle Not, die Sorge um tägliches Brot auf der einen, das schlechte Beispiel der übrigen Stände, Handel, Industrie und Landwirtschaft, auf der anderen Seite, sind alles andere, nur nicht Bundesgenossen derjenigen Bestrebungen, die wir als eine echte und rechte Kulturbewegung haben müssen.

Wenn wir aber nun selbst, wie einleitend bemerkt, sehr hart mit der Erledigung von Tagesaufgaben belastet sind, müssen wir zur Pflege der kulturellen Aufgaben Bundesgenossen suchen. Seit jeder bildet die christlichen Gewerkschaften mit den konfessionellen Ständevereinen (Arbeitervereine usw.) eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft. Welche Organisationen wollen als Endziel ein und dasselbe: die wirtschaftliche, soziale, aber auch die kulturelle, sittliche Hebung der Arbeitnehmer. Die Pflege der Belange der einen Seite ist aber genau so notwendig wie die der anderen. Wirtschaftliche Not, der tägliche Kampf um die aller notwendigste Befriedigung der leidlichen Bedürfnisse macht die Pflege der geistig kulturellen Güter fast zur Unmöglichkeit. Während andererseits eine wirtschaftliche Hebung, besonders unter den heutigen Umständen, fast vollständig ausgeschlossen ist, wenn nicht wir vorstehend dargelegt haben, versucht wird, dem Willen des Menschen ein Ziel zu geben, was über den Besitz der wirtschaftlichen Güter liegt.

Es liegt daher im ureigensten Interesse der Gewerkschaften selbst, wenn sie die Bestrebungen der konfessionellen Ständevereine recht regen unterstützen. Ein reges Hand-in-Hand-Arbeiten, wobei ein jeder Teil der nehmende, aber auch der gebende sein muß, ist heute notwendiger wie je zuvor.

Mit jedem Tage deutlicher kommt uns zum Bewußtsein, daß die gewerkschaftliche Erfolge, soweit sie auf dem Gebiete der Lohnbewegungen liegen, nicht ausgereicht haben, um ein Hinabgleiten der Arbeiternehmerschaft auf der wirtschaftlichen und sozialen Stufenleiter zu verhindern. Schneller wie die Löhne stiegen die Preise. Wir müssen alle Mittel, die der gewerkschaftlichen Organisation zur Verfügung stehen, benützen, um die gegenwärtige Wirtschaftsnot zu bekämpfen.

Diese Erwägungen veranlaßten die christlichen Gewerkschaften im Kölner Wirtschaftsgebiete, sich in einer Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre am 30. August mit dieser Angelegenheit eingehend zu beschäftigen.

Kollege Jurnieden vom Gesamtverband wies in seinem Vortrag zunächst auf die Hauptursachen der jetzigen Lage hin. Hauptursächlicher und tiefer Grund für die ohnmächtige und elende Lage des deutschen Volkes sei der Verlust des Krieges und der Versailler Friedensvertrag mit seinen nachfolgenden Diktaten. Redner ging dann auf die hauptsächlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages ein, und schilderte die Wirkung desselben. Die ungeheuerlichen und unerfüllbaren Bedingungen dieses sogenannten Friedensvertrages sind die Quelle nicht nur der wirtschaftlichen Verelendung und politischen Rechtlosigkeit des deutschen Volkes, sondern auch des wirtschaftlichen Verfalls ganz Europas. Hierüber seien sich gegenwärtig auch schon alle einsichtigen Leute im Lager der ehemaligen Gegner klar. Eine wirkliche Besserung der Lage sei nicht denkbar ohne eine gründliche Änderung des Friedensvertrages. Daneben kämen allerdings auch noch innere Ursachen uns sehr schlimmen wirtschaftlichen Lage. Als solche nannte Redner die starke Vermehrung des Handelslums, Schwanden der geschäftlichen Moral, Kettenhandel und Wuchertum, weiter die kapitalistische Vertrufung des Wirtschaftslebens, die mangelnde Disziplin in weiten Verbraucherkreisen und den Genußtaumel, die Vergnügungssucht sowie den übermäßigen Verbrauch von Genußmitteln. Diese inneren Ursachen seien aber in der Hauptsache Folgeerscheinungen des Krieges und der Wirkungen des Friedensvertrages.

Die furchtbare Lage Deutschlands, die sich in der völligen Entwertung seiner Mark äußere, bedrohe uns mit der Sprengung der deutschen Einheit und mit dem Verluste der nationalen und wirtschaftlichen Selbständigkeit. Die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung aus dem Ausland bei den heutigen Valutaverhältnissen stellen uns zudem eine weitgehende Arbeitslosigkeit in Aussicht und bedrohen uns mit dem Schicksal Oesterreichs und Rußlands. Ausgedrückt dieser Lage von Volk und Reich bezeichnet der Redner als vornehmste gewerkschaftliche Aufgaben der Gegenwart

das unüberbrückliche Festhalten an der deutschen Einheit, für welche vor allen Dingen sich die Arbeiter des besetzten Gebietes mit äußerster Energie einsetzen müßten, ferner die Hochhaltung des Gewerkschaftsgedankens, Stärkung der Reihen der christlichen Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Mittel. Dazu käme als wichtige Gegenwartsaufgabe die Stärkung unserer Genossenschaften und Mitarbeit in denselben, und schließlich die Zurückdrängung der Vergnügen.

Im letzten Teil seines Vortrages umschrieb der Redner die Forderungen der christlichen Gewerkschaften an das Ausland, an die Reichs- und Staatsregierung und öffentliche Behörden, an das Arbeitgebertum in Handel, Industrie und Gewerbe und schließlich an die Arbeiterschaft selbst. Seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag schloß der Redner mit den Worten der beiden Arbeiterdichter Lesch und Bröger, daß Deutschland leben müsse, und daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuestes sein müsse.

In der folgenden Aussprache wurden die Ausführungen des Redners lebhaft unterstrichen und als Willensäußerung der christlichen Gewerkschaften folgende Forderungen zum Ausdruck gebracht:

Am 1. Oktober 1922

treten die neuen Satzungen mit erhöhten Beitrags- und Unterstützungssätzen in Kraft.



### 1. An die Entensmächtel

- a) Revision des Friedensvertrages und Herabminderung der Lasten auf ein erträgliches Maß;
  - b) Verminderung der Besatzung im Rheinland und völliges Zurückziehen der farbigen Truppen.
- ### 2. An die Rheinlandkommission:
- a) Restlose Zulassung sämtlicher deutschen Gesetze und Verordnungen im besetzten Gebiete;
  - b) Aufhebung des Ein- und Ausfuhramtes in Ems;
  - c) Gestattung aller Maßnahmen zur Durchführung der deutschen Gesetze über Zölle und der Waren-Ein- und -Ausfuhr an den Grenzen;
  - d) Verbot der Ausfuhr und Mitnahme von Lebensmitteln und lebensnotwendigen Gebrauchsgegenständen durch die Besatzungstruppen ins Ausland.

### 3. An die Reichsregierung:


- a) Die Sicherung des notwendigen Lebensbedarfes für die Bevölkerung hat vor den Forderungen der Entente zu gehen;
  - b) Bereitstellung aller Verkehrsmittel für den reibungslosen Transport der Kartoffeln und sonstigen Lebensmittel während der Erntezeit;
  - c) Schärfste steuerliche Erfassung der Börsen- und Spekulationsgewinne;
  - d) Erhöhung der Umsatzsteuer auf Luxusgegenstände und Herabsetzung derselben für Gegenstände des täglichen Bedarfs;
  - e) Sperrung der Baustoffe für Luxusgebäude und Billigung derselben für den Wohnbau;
  - f) Stärkste Einschränkung der Verwendung von Getreide und Kartoffeln für Alkoholverfertigung und Verbot der Verwendung von Inlandszucker für die Herstellung nicht lebensnotwendiger Genussmittel;
  - g) Zurückdrängung der Schlemmerlatale;
  - h) Möglichstlose Handhabung der Wuchergesetze;
  - i) Unterbindung der Einfuhr von Luxusgegenständen, wie Liköre, Weine, Spitzen, Sammet, Seide und Pelze. Einfuhr von Tabak nur insoweit, als er dem Veredelungsprozess unterliegt und für die Ausfuhr bestimmt ist;
  - f) Unterbindung der Ausfuhr von Lebensmitteln und Verbrauchsgegenständen;
  - l) Erhöhung der Ausfuhrabgabe;
  - m) Erhebung einer Fremdensteuer;
  - n) Strenge Durchführung des Ausverkaufsverbotes.
- ### 4. An Industrie, Handel und Gewerbe usw.
- a) Weitestgehende und schnellste Anpassung der Löhne und Gehälter an die Teuerung;
  - b) Förderung des Wohnungsbaues;
  - c) Bei rückgehender Konjunktur Streckung der Arbeitsgelegenheit.

### 5. An die Arbeiter:

- a) Strenge Wahrung der gewerkschaftlichen Disziplin;
- b) Vertrauen zur Gewerkschaft und opferwillige Mitarbeit in derselben;
- c) Ruhe und Besonnenheit, Vermeidung von Putzchen und Kollisionsstellung aller landesverräterischen Elemente;

Wenn sich zunächst sämtliche Mitglieder der christlichen Gewerkschaften für die Durchsetzung dieser Forderungen mit aller Energie einsetzen, werden sie ohne Zweifel auch den übergroßen Teil der gesamten Bevölkerung mit sich fortziehen und für die Mitarbeit begeistern. Der Erfolg kann dann nicht ausbleiben.

## Aus dem badischen Lande.

ohl zu den schönsten Landesteilen unseres deutschen Vaterlandes zählt der Freistaat Baden. Der Badener, von der Schönheit seiner Heimat überzeugt, begreift begeistert in seinem Vaterland sein Land als das schönste in Deutschlands Auen. Nirgends, ein herrliches Land, das sich hinzieht vom reizenden Bodensee mit seinem klaren blauen Wasser bis in die Gegend nördlich der arabischen badischen Industriestadt Mannheim. Wer je in seinem Leben das Glück hatte, Baden mit seinem unvergleichlichen Schwarzwald kennen zu lernen, den ziehts immer wieder hin, in dieses von der Natur reich gesegnete Land.

Die gesamte Kulturlandschaft Badens beträgt 1 418 903 Hektar, von welchem Flächenraum 584 554 oder 41,2 v. H. auf Waldland

entfallen. Demgemäß gehört Baden zu den waldbreichsten Landesteilen Deutschlands. Kein Wunder also, wenn sich hier ein Fremdenverkehr entwickelt hat, wie er keinesgleichen sucht. Bevoëlert ist Baden nicht stark. In 120 Stadt- und 1470 Landgemeinden zählte man im Jahre 1919 2 208 503 ortsanwesende Personen. Großstädte, das sind Städte mit über 100 000 Einwohner, gab es vor 1900 in Baden nicht. Im Jahre 1900 erreichte Mannheim und im Jahre 1905 Karlsruhe das erste Hunderttausend seiner Einwohner.

Hieraus mag entnommen werden, daß die Zahl der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen ungleich kleiner ist, wie etwa in dem dichtbesiedelten Sachsen oder gar im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Organisatorisch sind die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen nahezu reiflos erfasst. Gemäß Bericht vom 1. 1. 1922 weist der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in seinen 50 badischen Ortsverwaltungen 11 808 Mitglieder auf. Demgegenüber weisen wir in 28 Ortsverwaltungen 2340 Mitglieder auf. Das Stärkeverhältnis ist also 5 zu 1. Im Vergleich zum Jahre 1914 bedeutet dieses Organisationsverhältnis einen beachtenswerten Fortschritt unseres Verbandes. Wie unser Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner, so hat auch unsere Gesamtbewegung im Lande Baden große Fortschritte aufzuweisen. Hatten wir am 1. Januar 1914 in ganz Baden 11 321 Mitglieder zu verzeichnen, so betrug die Mitgliederzahl am 1. 1. 1922 58 026. Stolz und Freude muß jeden erfüllen, ob dieser erfolgreichen Arbeit für den christlich-nationalen Gewerkschaftsverbanden. Mühselos ist uns dieser Erfolg nicht in den Schoß gefallen. Der unermüdlichen wie opferbereiten Werbe- und Aufklärungsarbeit verhältnismäßig weniger Mitarbeiter unter uns danken wir den Erfolg. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung. Auf dem Weg vorwärts hatten wir unabweisbare Schwierigkeiten zu überwinden. Hinzu kam gar häufig ein rücksichtsloser Kampf leitens unserer Gegner. Keine Mühe und Verleumdung konnte groß genug sein im Kampfe gegen unseren Verband und seine Führer, galt es doch, das so verbaltene vorwärtsstrebende christliche Organisationsdenkmal zu geben. In solchen Kämpfen ist unerlöschliches Vertrauen zwischen der Mitgliedschaft und den Führern erforderlich. Gegenwärtiges Vertrauen ist eine der wichtigsten Vorbedingungen zur erfolgreichen Arbeit in unserem Verbande. Die hiesige uns fagende Lähmung auf dem Gebiete der Aufklärungs- und Werbearbeit sowie die Ueberfülle erfolgreicher Arbeit auf dem Gebiete der Besserstellung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse rechtfertigt ein gegenwärtiges unerlöschliches Vertrauen in vollem Maße.

Im Lande Baden gibt es noch Unabwärtungsmöglichkeiten für unseren Verband genug. Die Zahl derer, die ihrer Verantwortung nach zu uns gehören, oder aus Bequemlichkeitsgründen im gewerkschaftlichen Lager stehen, ist sehr groß. Bei letzteren sind Ueberzeugungstreue und Besonnenheit unbedingte Begriffe. Wenn man nur keine Ruhe hat auf der Arbeitsstelle. Um dieser Ruhe willen werden Hunderte, ja Tausende zum Verzichte ihrer eigenen Meinung, fallen Hunderte und Tausende unserer aufwärtsstrebenden Bewegung in den Rücken, indem sie die Kampffront beten härten, welche gegen unsere christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung einen rücksichtslosen Kampf führen. Die so zum Verdächtigten an unserer Sache werden statt an unserer Seite den Kampf zur Verwirklichung unserer Ideale mitzukämpfen, handeln ehe und gewissenlos. Ihnen das in verstärktem Maße zum Bewußtsein zu bringen, muß eine unserer nächsten Aufgaben mit sein.

Befriedigung und Stolz erfüllt uns, wenn wir auf das Werk einer dreißigjährigen Zeit zurückblicken. Neuen Mut und neue Tatkraft gibt es zu schöpfen, um unser Werk der Vollendung entgegenzuführen. Hierzu bedarf es der Mitarbeit aller unserer badischen Kollegen und Kolleginnen. In gemeinamer Arbeit wird und muß es uns gelingen unserem Zentralverbande im badischen Lande eine noch günstigere Position zu erkämpfen. Durch Kampf sind wir geworden was wir heute sind, kämpfen wollen wir unseren Weg weiter bahnen, dem Ziel entgegen. Unseren Kollegen aber in allen deutschen Landen sei gesagt, daß in der badischen Südweltende des deutschen Vaterlandes nahezu 2400 Mitglieder treue Wacht halten.

Die nächsten Versammlungen, in denen der Bericht vom Verbandstage gegeben wird, müssen von sämtlichen Mitgliedern besucht werden.



# Wirtschaftliches und Soziales.

## Wirtschaftspolitik im Einzelhaushalte.

Unendlich viele Menschen in Deutschland, die vor dem Kriege ihr häusliches Leben nach Gesichtspunkten des Wohlbehagens gestalten konnten, haben lernen müssen, ihren Haushalt aufs sparsamste einzurichten. Vieles, was früher selbstverständliches Lebensbedürfnis war, fällt heute unter den Begriff des Luxus, des ebenso Ueberflüssigen, wie wegen Knappheit der Mittel Unzulässigen. Damit verbietet sich Kauf und Verbrauch besonders derjenigen Waren, deren hoher Preisstand auf ihrer Herkunft aus dem Auslande mit höherer Valuta beruht. Doch gibt es auch heute noch genug Haushaltungen, denen solche Gegenstände wirtschaftlich noch durchaus erreichbar sind. Diese möchte man in der jetzigen Lage Deutschlands den wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt nahelegen, d. h. die Rücksicht darauf, welchen Einfluß ihre private Wirtschaftsführung auf unsere ganze Volkswirtschaft ausüben kann. Es gibt eine große Menge solcher wirtschaftlicher „Fragen“, die es erst nach dem Kriege geworden sind. In erster Linie stehen da die französischen Rohstoffe und Toilettengegenstände aller Art; die deutsche Frau, die ihr Vaterland liebt, sollte sich in dieser Hinsicht auf den Verbrauch deutscher Waren beschränken. Dasselbe gilt von den ausländischen, besonders den französischen Weinen und Schaumweinen. Wer Wein trinken will, findet an den hochwertigen deutschen Erzeugnissen das Beste.

Ganz schlimm ist die schnelle Steigerung des Verbrauches ausländischer Branntweine in den großen Städten Deutschlands. Angehts der heutigen Vorklage Deutschlands ist der ungeheure Tribut, den die Alkoholtrinker dem Auslande zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft zahlen, ein Verbrechen an Volk und Vaterland. Außerdem ist gerade die Beobachtung, wie hohe Summen für diesen und ähnlichen Luxusverbrauch aus Deutschland nach dem Auslande gehen, die und da Ursache der Einstellung ausländischer Hilfskräfte an denjenigen deutschen Kreisen geworden, die des Lebens Notdurft und Nahrung aus Eigenem nicht mehr erschwingen können.

Ein weiteres Genussmittel aus dem Auslande, dessen Preis ungeheuer in die Höhe gegangen ist, dessen Einfuhr deshalb die deutsche Volkswirtschaft aufs Ungünstigste beeinflusst, ist der ausländische Kaffee, ohne daß es den unzähligen Kaffeeschwemlern männlichen und weiblichen Geschlechts irgendwie aufs Gewissen siele.

Ausnahmen kann man dabei durchaus gelten lassen, wo der Arzt sie den Bedürftigen ernstlich vorschreibt, wo den Kranken in der Konvaleszenz, schwächlichen Kindern der Kakao notwendig ist, den der Kräftige und Gefunde durch ein inländisches Nährgetränk ersetzen kann.

Auch das Tabakrauchen ist, zum Teil unter dem Einflusse der Kriegsgewohnheiten, für die Mehrzahl der Männer in Deutschland etwas so Selbstverständliches geworden, daß sie überhaupt nicht mehr darüber nachdenken, welchen Weg das dafür aufgewandte Geld geht. Unsere heutige Notzeit aber verlangt von jedem, der sich deutsch nennt, gewissen-

haftes Darandenden bei allem was er tut: Wie wirkt dein Tun auf Deutschland?

### Kartoffelversorgung Herbst 1922.

Die Unzuträglichkeiten bei der Herbstkartoffelversorgung, die die letzten Jahre mit sich brachten, werden zweifellos auch in diesem Jahre eintreten, wenn sich die Verbrauchergruppen einer falschen Erwartung hingeben. Wer bezüglich der Sicherstellung der notwendigen Kartoffelmengen wieder erst das Endergebnis oder die genaue Preisbildung oder eine zu erwartende Abwärtschreitung des Preises abwarten will, kann in der Beschaffung seiner Winterkartoffeln Schwierigkeiten entgegengehen, vor denen die christlichen Gewerkschaften bzw. der Deutsche Gewerkschaftsbund durch die Einrichtung einer Versorgungsstelle die Mitglieder bewahren wollen.

Der größte Teil der Kartoffelernte ist binnen kurzer Zeit bis ins kleinste disponiert. Aufträge auf Kartoffelbelieferung, die in späterer Zeit gegeben werden, können schon mit Rücksicht auf den zu erwartenden großen Wagenmangel sehr leicht unausführbar bleiben. Der Gefahr gar nicht oder nur teilweise beliefert zu werden, kann man also nur bei frühzeitiger Inangriffnahme aller Bestellungen aus dem Wege gehen. Es ist deshalb eindringlich auch an dieser Stelle vor jeder Verzögerung der Bestellung von Kartoffeln gewarnt.

Die Versorgungsstelle zur Beschaffung von Landeserzeugnissen G. m. b. H. in Berlin NW 6, Pilsenerstr. 88, die dem christlichen Landarbeiterverband angegliedert ist und an der der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund beteiligt sind, hat es übernommen, den Mitgliedern die Herbstkartoffeln direkt vom Erzeuger, unter Ausschaltung aller Zwischenhandelsvertriebe, im Preisverleihen des gewissenlosen sogenannten wilden Handels zu liefern. Die Anhäufung der bereits erfolgten Aufträge bringt es nun mit sich, daß unsere Versorgungsstelle in kurzer Zeit weitere Aufträge auf Kartoffelbelieferungen nur noch in dringender Form annehmen kann, weshalb Eile unter allen Umständen geboten ist. Man legt sich deshalb sofort mit der Versorgungsstelle unter genauer Beobachtung der angegebenen Adresse in Verbindung. Diese ist zu jeder weiteren Auskunft und zur Abgabe der Lieferungsbedingungen gern bereit.

„Die deutsche Wirtschaft“. Ein Spiegelbild unserer augenblicklichen wirtschaftlichen Lage. Wie ein Stahlbad, meint der Verfasser, Dr. Jach, müßte die Erkenntnis unserer wirklichen Lage auf den deutschen Geist wirken und ihm eine Schwungkraft verleihen, die das Nationalgefühl anderer Völker übertrifft. Reichstagsabgeordneter Dr. Höfle, der der bedeutamen literarischen Arbeit einige Begleitworte mit auf den Weg gibt, vergleicht unsere Wirtschaft mit einem ausgebrannten Gebäude, bei dem die weniger widerstandsfähigen Teile ein Raub der Flammen geworden, dessen mächtige Tragsäulen aber geblieben sind.

Die deutsche Wirtschaft hatte in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege glänzende Erfolge erzielt, wie kaum eine andere in der Welt. Sie waren das Ergebnis nicht eines ererbten Reichtums, sondern eines eigenen Fleißes und leistungsfähiger Strohstärke. Doch hatte mit der Steigerung des materiellen Wohlstandes unsere seelische Entwicklung nicht

gleichen Schritt gehalten. Unsere Arbeit stand zu sehr unter dem Banner des Strebens nach Geldgewinn, zu wenig dagegen unter dem Einfluß der ausgleichenden Gerechtigkeit und der inneren Zufriedenheit. Eine Vertiefung unseres eiblichen Empfindens auch bei unseren wirtschaftlichen Handlungen tut dringend not.

Der Verfasser denkt an der Hand eines umfangreichen statistischen Materials die Veränderungen auf, die mit den Quellen der deutschen Volkswirtschaft, mit den Erzeugnissen des Grund und Bodens und den Rohstoffen vor sich gegangen sind und die in einer ersten Mahnung ausfinden, den Verlust an der Substanz unserer Volkswirtschaft durch doppelte Anstrengungen unserer Arbeitskraft auszugleichen. Von den Trägern der Volkswirtschaft verlangt er mehr hütliches Verantwortungsgelühl. Das gilt in demselben Maße für die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer. War es angebracht, daß in eiserner Zeit, als tausende der besten deutschen Männer ihr Herzblut für das Vaterland hingaben, einige wenige ihre Geldsäcke füllten? Hat unsere Industrie jederzeit soviel Verantwortlichkeitsgefühl gezeigt, daß sie den Aktionären die Gewinne entzog, wenn Sorgen um die Zukunft es verlangten? Aber auch die Arbeitnehmer müssen sich mehr als bisher bewußt werden, daß wir zu arm sind, um unnötige Vernichtung von Kulturwerten ertragen können. Deshalb darf der Streik nicht ein gewöhnliches Mittel zur Erzielung besserer Lohnverhältnisse sein, sondern kann nur dann angewandt werden, wenn alle anderen Schlichtungsmöglichkeiten erschöpft sind. Der Verfasser fordert deshalb eine Vertiefung unserer wirtschaftlichen Denkens und meint, daß wir an die guten Traditionen früherer Zeiten, in denen die Einfachheit der Lebensführung und ausnahmslos die Selbstverständlichkeit waren, wieder anzuknüpfen müssen. Wir müssen festtätig tun, was uns vom Schicksal zu leben auferlegt ist. Denn dann erheben wir uns über das Schicksal.

Das Werk steht im Druck von 25 A von der Volkswirtschafts-Verlagsanstalt m. b. H. Berlin-Wilmersdorf, Kaiserpark 25, und durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Das Arbeitsnachweisgesetz ist am 13. Juli nach monatelangen schweren Kämpfen in den Ausschüssen des Reichstages und im Plenum verabschiedet worden. Bei diesem Gesetz dreht es sich um das Monopol der zentralen Regelung im Arbeitsnachweismwesen. Die Sozialisten wollten auch hier, wie vielfach in den Krankenfällen, ihre Herrschaft aufrechten. Das ist ihnen dank der gleichzeitigen Abwehr der parlamentarischen Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht gelungen. Das Reichstag hat das Arbeitsnachweismonopol abgelehnt. Ebenfalls hat er es abgelehnt, die Selbstständigkeit der von den einzelnen Gewerkschaftsverbänden betriebenen Arbeitsnachweise aufzuheben. Eine Neugründung von Verbändenarbeitsnachweisen ist auch in Zukunft möglich. Ueberdies ist für einen guten Arbeiterbeschut in den zu errichtenden öffentlichen Arbeitsnachweisen Sorge getragen. Der politische Mißbrauch der öffentlichen Arbeitsnachweise soll unterbunden werden. Der § 50 des neuen Gesetzes, der das Verbot der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung vom 1. Januar 1921 ab vorkreuzt, worunter auch die gewerkschaftliche Herausgabe von Stellenlisten einschließlich ihnen gleichwertender Sonderdrucke und Auszüge aus periodischen Druckschriften zu verstehen ist, wurde mit der einschneidenden Bestimmung angenommen, daß Zeitungen, Zeitschriften, Fachblätter oder ähnliche periodisch erscheinende Druckschriften von den Bestimmungen dieses Paragraphen nicht betroffen werden.



# Arbeiterbewegung.

## Parteiwirtschaft in der Tarifdeputation der Stadt Berlin.

Als im Januar d. J. der 3. Manteltarifvertrag für die Berliner städtischen Arbeiter vereinbart werden sollte, erhoben neben dem tarifparteilichen freien Gewerkschaften auch christliche Verbände Anspruch, als Kontrahenten bei den Verhandlungen mitzuwirken. Dies waren im Laufe des Jahres 1921 zahlreiche Arbeiter der städtischen Betriebe beigegeben, so daß der Magistrat nach eingehender Prüfung der Sachlage nicht umhin konnte, die heimlich organisierten Arbeiter als „eine bedauerliche Minorität“ anzuerkennen. Die freien Gewerkschaften widerlegten sich einer gemeinsamen Verhandlung, konnten aber nicht verhindern, daß der Magistrat mit den christlichen Verbänden einen besonderen Vertrag abschloß. Dieser Umstand bedeutete für die freien Gewerkschaften den Verlust wichtigen Agitationsstoffes. Konnte man doch früher den christlich organisierten Arbeitern vorhalten: „Eure Verbände haben keinen Tarifvertrag getätigt, sie können auch im Falle einer Tarifstreikigkeit nicht vertreten ihr habt überhaupt keinen Rechtsanspruch auf das, was im Tarifvertrag vereinbart ist.“ — Die Unterzeichnung des Manteltarifvertrages erfolgte durch die Vertreter der christlichen Verbände am 31. März 1922, und damit war an einen weiteren Erfolg der bezeichneten Agitationsweise freier Gewerkschaften nicht mehr zu denken. Jedermann sah, daß die christlichen Gewerkschaften mit dem Magistrat den Vertrag abgeschlossen hatten, und daß deren Mitglieder in Streikfällen durch ihre Vertreter in der wirksamsten Weise unterstützt wurden. Von freigeberlicher Seite fürchtete man offenbar eine Mitglieder-Abflue größeren Umfanges und versuchte, den ehemals jugendlichen Werbepersonal wiederzugewinnen. Hierzu wirkte die Tarifdeputation der Stadt Berlin bereitwillig Hilfe. Am 30. Juni d. J. war der 3. Manteltarifvertrag abgelaufen, am gleichen Tage wurde der neue Vertrag vom Magistrat und den Vertretern der freien Gewerkschaften unterzeichnet. Die Verhandlungen mit den christlichen Gewerkschaften waren ebenfalls beendet; es hätte nichts gehindert, am gleichen oder dem folgenden Tage die Unterzeichnung des Sondervertrages zu vollziehen. Es vergingen aber Wochen und noch immer war keine Einladung zur Unterzeichnung ergangen. Auf mehrfache telefonische Anfrage hin wurde stets geantwortet, daß in den nächsten Tagen die Exemplare zwecks Unterzeichnung überhandt würden. Unterdessen aber wurde in den städtischen Betrieben lebhaft Propaganda gemacht, daß der Magistrat mit den christlichen Gewerkschaften keinen Manteltarifvertrag abschließen. Gleichzeitig hatten die einzelnen Betriebsstellen durch die Tarifdeputation Mitteilung erhalten, daß der Magistrat mit dem Tarifparteilichen freien Gewerkschaften den 4. Manteltarifvertrag vereinbart habe, und daß alle diejenigen Arbeiter, die nicht zu den Verbänden des freien Tarifparteilichen gehörten, im besonderen auf die Bestimmungen dieses Vertrages verpflichtet werden sollten. Als daraufhin die Vertreter der christlichen Verbände auf die sofortige Unterzeichnung des Vertrages drangen, wurde ihnen am 20. Juli (also 3 Wochen nach der Unterzeichnung des Vertrages mit den freigeberlichen Verbänden) ein Exemplar überreicht, das einen Passus enthielt, der nicht vereinbart war. Es handelte sich um die Eingliederung eines § 1a mit folgendem Wortlaut:

„Soweit in den §§ 1, 2, 3, 10, 12, 13, 15, 17—21, 23 samt Anlagen sowie in den Protokollentwürfen zu Ziffer 1, 4 und 6 des vorliegenden Vertrages von „Vertragsparteilichen“ oder „Vertragsparteilichen“, „Vertragsverbänden“ („Verbänden“, Kartellverbänden“, „Arbeitsnehmerorganisationen“ oder „Arbeitsnehmerseite“) die Rede ist, kommt der unterzeichnete Verband nicht in Frage.“

Selbst bei nur geringer Sachkenntnis wird man einsehen müssen, daß die Vertreter der christlichen Gewerkschaften einen solchen Vertrag nicht unterzeichnen konnten. Es mußten am 3. und 6. August erneut Verhandlungen geführt werden, und erst am 11. August konnte ein brauchbarer Vertrag unterzeichnet werden.

Bei genauer Betrachtung der Dinge ist zu erkennen, daß hier ein ganz schamloser Mißbrauch der Amtsbefugnisse von Personen in der Tarifdeputation vorliegt. Dies wird insbesondere bestätigt dadurch, daß Herr Stadtrat Koblenzer, der zuständige Dezernent, in der Verhandlung am 3. August ganz verwundert zum Ausdruck brachte, daß er von der Bildung eines § 1a im Manteltarifvertrag der christlichen Gewerkschaften nichts wisse.

Die bezeichneten Vorgänge haben unsere Berliner Bezirksleitung veranlaßt, dem Magistrat und den bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung die Sache zu unterbreiten mit dem Ersuchen, die Arbeitsmethoden der Tarifdeputation einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und für die Entfernung der Personen Sorge zu tragen, die ihre Amtstätigkeit zu parteilichen Zwecken mißbraucht haben.

### Woju die Gelder der freien Gewerkschaften gebraucht werden?

Darüber gibt die „Freie Presse“ das sozialdemokratische Organ für Altsiedler-Barmen in ihrer Nummer 172 vom 1. 8. 22 wie folgt Auskunft:

„Für den Bund der freien Schule Augen von den Gewerkschaften folgende Beiträge einzuwerfen wurden der Bundesleitung zugesandt:

Textilarbeiter Barmen	1500 M.
Maschinen Barmen	500 M.
Maler und Anstreicher	500 M.
Transportarbeiter	1000 M.
Zimmerer	500 M.
Bauarbeiter	1000 M.
Bäderverband	300 M.
Böttcherverband	200 M.
Porzellanarbeiter	100 M.
Buchbinder	200 M.

Summa 5800 M.

Metallarbeiter direkt abgeführt 5000 M.

Summa 10800 M.

Den Gebern im Auftrag des Bundes besten Dank.

Sämtlichen übrigen Gewerkschaften zur Nachahmung empfohlen.

Barmen, den 28. Juli 1922.

Sekretariat der Gewerkschaftskommission.

Paul Sauerbreyn, Sekretär.

Bemerkte sei noch, das derartige Quittungen schon öfters erschienen sind. Die Schussfrage, insbesondere soweit die freie Schule hierbei in Betracht kommt, ist eine hervorragend religiöse Frage. Trotz dieser offenkundigen Verlegung der religiösen Neutralität der freien Gewerkschaften finden die Genossen immer noch den Mut das Gegenteil zu behaupten. Immer hoffend auf einen Erfolg, weil nach ihrer Meinung die Dummen nicht alle werden.

## Geldsammlungen in den Betrieben.

Zu verschiedenen Zwecken werden zeitweise in den Betrieben Sammlungen veranstaltet. Dagegen ist wohl im allgemeinen sofern es sich um Sammlungen der einzelnen Gewerkschaften handelt, nichts einzuwenden. Der einzelne wird hier, wie bei der Werbung für die Organisation, am leichtesten erfaßt. Vorausgesetzt muß allerdings werden, daß man sich einer zwingenden Einwirkung auf andere Organisierte enthält.

Ein unzulässiger Zwang wird aber ausgeübt, wenn durch Beschluß des Betriebsrates ein jeder Arbeitnehmer verpflichtet wird, einen bestimmten Betrag für diesen oder jenen Zweck zu zahlen. Den Betriebsräten muß ganz entschieden das Recht bestritten werden, irgendwelche Beiträge oder Geldleistungen von den von ihnen vertretenen Arbeitnehmern einzufordern. Wo es geschieht, liegt ein schwerer Verstoß gegen Recht und Gesetz vor. Dagegen haben wir uns mit aller Entschiedenheit zu wenden.

Verschiedentlich ist versucht worden, regelmäßige Beiträge zu erheben, um damit die Kosten für die Schulung der Betriebsräte zu decken. Der von sozialdemokratischer Seite ausgehende Antrag sollte zweifellos erreichen, größere Mittel zu sammeln, die dann den sozialdemokratischen Betriebsräte-Zentrale für ihre Kurse dienlich gemacht werden sollten.

Für alle christlich organisierten Arbeitnehmer ist es jedoch selbstverständlich, daß ihre Gelder der eigenen Gewerkschaftsbewegung bzw. den Kartellen der christlichen Gewerkschaften zukommen. Zahlreiche Kurse zur Schulung und Bildung der Betriebsratsmitglieder haben bereits stattgefunden.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften mögen die für die Betriebsräteschulung notwendigen Mittel in ihren eigenen Reihen aufbringen. Für uns gilt nur das, was von der eigenen Gewerkschaft für gut befunden wird. Das gilt auch für Geldsammlungen. Deshalb: Ohren und Augen auf.

### „Die Geißel, die ich rief . . .“

Ihre Hauptbeschäftigung ist, jeden Tag neue Forderungen aufzustellen, von denen eine unmöglich ist als die andere und bei deren Beratung in den Ausschüssen der Parlamente sie sehr oft nicht einmal anwesend sind. Jetzt schreien und toben sie wieder, weil die Gewerkschaften der drohenden Vereinfachung der Arbeiterschaft nicht mit bombastischen Forderungen zu Leibe rücken, sondern in ersten Beratungen mit der Regierung befreit sind. Mittel und Wege zu finden, um zu einer wirklichen Linderung der Not zu kommen. Dafür müssen die anerkannten Führer der Arbeiterschaft sich wieder „Verräter“ nennen und „Kapitalverächter“ schimpfen lassen. Wir kennen die Weisen, wir kennen auch die Sänger, und wir wissen auch, daß es den Kommunisten gar nicht darauf ankommt, der Arbeiterschaft wirklich zu helfen. Eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft würde den Bankrott der kommunistischen Partei bedeuten, darum die kommunistischen Forderungen, darum keine positive Mitarbeit, darum der Aufruf zum Kampf, wie die Kommunisten ihn verstehen. Wenn wieder Fensterklappen klirren und Maschinengewehre rattern, wenn wieder Blut fließt und irregeleitete Arbeiter



vor den Richtern stehen, wenn wieder unerhörte grausame Urteile gefällt werden, dann verzeihen wir die kommunistischen Führer ihre Verbrechen, hoffen aber zugleich, mit den Leiden ihrer Opfer Geschäfte machen zu können. Darum die blinde Wut gegen die ersten Bestrebungen, ohne neues Unheil die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu bessern. Das wissen die deutschen Arbeiter, darum lachen sie über die kommunistischen Parolen!

Ganz Unrecht hat die „Rheinische Zeitung“, Organ der S. P. D., nicht, wenn sie obige Sätze in der Nr. 194, 1922, den Kommunisten ins Stammbuch schrieb. Nachfragen möchten wir noch, daß diese Leute aber nicht nur im Parteileben, sondern auch in den freien Gewerkschaften oben beschriebene Taktik befolgen. Prüfen wir daher, ob nicht bei manchem Vorgehen der freien Gewerkschaften der Einfluß dieser Leute bestimmend gewesen ist!

## Strassenwärter.

### Lohnverhandlungen mit der Provinzialverwaltung von Westfalen.

Am 27. Juli hatten wir der Provinzialverwaltung eine Lohnforderung eingereicht, laden uns allerdings gezwungen, am 4. August eine Nachtragsforderung einzureichen. Verhandlungen hierüber fanden am 10. August in Münster statt. Die Verwaltung machte auch diesmal Vorschläge, den die Absicht zugrunde lag, in den unteren Ortsklassen recht wenig zu geben. Allein in der Lohnzulage sollte eine Staffelung von 13. A. von A—E eintreten. Wir haben das selbstverständlich rundweg abgelehnt. Trotz längerem Verhandeln war es uns nicht möglich, eine Staffelung ganz zu verhindern. Die Provinzialverwaltung wies darauf hin, daß sie unter allen Umständen an dieser Staffelung festhalten müsse. In den landwärtigen Gebieten könne sie Strassenwärter genug bekommen. Wenn einer aufhöre, lämen 10 andere wieder. Es ist selbstverständlich, daß diese Lastlage die Verhandlungen ganz bedeutend erschwert. Trotzdem ist es uns gelungen, die beabsichtigte Staffelung auf das Mindestmaß zu beschränken und eine Einkünfteherabsetzung zu vermeiden. Hieran erhöhen sich die Tagesverdienste für den Monat Juli in Ortsklasse A um 40 A, Gesamtlohn 196 A, in Ortsklasse B um 40 A, Gesamtlohn 185 A, Ortsklasse C um 37 A, Gesamtlohn 175 A, Ortsklasse D 37 A, Gesamtlohn 169 A, Ortsklasse E 36 A, Gesamtlohn 164 A.

Ledige Arbeiter erhalten 1 A weniger pro Tag. Das Kindergeld ist in seiner bisherigen Höhe verblieben.

Wir beschlagnahmten, auch für den Monat August gleich einmütig abzuweihen. Dazu war die Provinzialverwaltung nicht geneigt. Wenn das Ergebnis auch nicht voll befriedigend kam, so hoffen wir doch, daß die Kollegen sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß ihre Interessen von der Organisation bestens vertreten werden. Ganz besonders wird ihnen diese Erkenntnis kommen, wenn sie sich einmal die Löhne in den anderen Provinzen und besonders die Löhne einiger Kreise vor Augen führen. Leider gibt es eine Anzahl Kollegen Strassenwärter, die wohl gerne die Erfolge miternten, aber das Säen vergessen. Wir hoffen, daß die organisierten Strassenwärter in dieser Beziehung einmal nach dem rechten Weg und über Kollegen, die noch den Beitrag leisten, auf das Verwerfliche ihres Handelns aufmerksam machen. Ein Strassenwärter, der etwas Ehrgefühl im Leibe hat, kann zu diesen betragsgehenden Elementen nicht gehören.

Fortwährende Mittelkürzen lasten in der Nr. 17 erschweren, wurden aber infolge technischer Schwierigkeiten in der Druckerei zurückgestellt worden. Inzwischen haben bereits neue Verhandlungen für die Provinzial-Strassenwärter stattgefunden, und zwar am 30. August. Auch bei dieser Verhandlung war das Bestreben der

Verwaltung darauf getichtet, den untersten Ortsklassen recht wenig zu geben, im besonderen unter Hinweis auf den vergrößerten Unterschied bei den Reichs- und Staatsarbeitern. Es ist uns aber gelungen, die Differenz auf ein Mindestmaß zu beschränken, und zwar auf 8 A von A—E. Es kam nach längerem Verhandeln nachstehende Vereinbarung zustande: Die Tagesverdienste erhöhen sich für die Zeit vom 1. bis 31. August in Ortsklasse A um 27 A, Gesamtlohn 202 A, Ortsklasse B um 25 A, Gesamtlohn 180 A, Ortsklasse C 23 A, Gesamtlohn 168 A, Ortsklasse D 23 A, Gesamtlohn 159 A, Ortsklasse E 21 A, Gesamtlohn 149 A. Das Kindergeld wurde gleichfalls erhöht und beträgt ab 1. August in Ortsklasse A 10 A pro Tag, Ortsklasse B 9 A pro Tag, Ortsklasse C, D, und E je 8 A pro Tag.

Für den Monat September finden noch besondere Verhandlungen statt, die zweifellos eine noch ungleich höhere Erhöhung der Löhne bringen müssen und werden. Wir nehmen an, daß die Provinzial-Strassenwärter mit vorliegender Regelung zufriedengestellt sind und hoffen, daß sie dieses auch in der Treue zum Verbands und besonders in einer angemessenen Beitragszahlung zum Ausdruck bringen werden.

## Aus den Ortsgruppen.

Essen. Der Streit um Fronleichnam und Allerheiligen. Seit einem Jahre besteht zwischen unserem Verbands und der Stadtverwaltung Essen ein Streit um die Durchzahlung der beiden Feiertage Fronleichnam und Allerheiligen.

Schon in der Vorkriegszeit erhielten die städtischen Arbeiter in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken sowie die sogenannten Stadtarbeiter die beiden Tage bezahlt, auch wenn an denselben nicht gearbeitet wurde. Mit diesem Vorrecht trat die Stadt dem Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gewerkschaften und Kommunen bei. Bis zum Fronleichnamstag 1921 hielt die Stadtverwaltung ihren Vertrag, dann aber glaubte sie, auf Grund der Einführung einer neuen Arbeitsordnung dieses Verhältnis einseitig ändern zu können. Weil aber bei Einführung des Vertrages es im Lohnzettel Ziffer 8 wörtlich heißt: „Wo bei Einführung dieses Tarifes (1. 4. 19) bereits bessere Lohnverhältnisse bestanden haben, müssen diese bestehen bleiben“, führt unser Verband seit dieser Zeit gegen die Stadtverwaltung Essen einen Kampf um dieses alte Recht. Die Bezirkschiedsstelle in Dortmund als Berufungsinstanz gegen ein Urteil der örtlichen Schiedsstelle Mitte am 16. 1. 22 ein Urteil zugunsten der Arbeitnehmer. Auf Grund des im Tarif geschaffenen Schlichtungsverfahren war gegen diesen Spruch kein Rechtsmittel mehr gegeben, weil nach § 23 Ziffer 3 des Reichsmanteltarifes die Entscheidung der Bezirkschiedsstelle endgültig ist. Trotzdem macht der Vertreter der Stadtverwaltung Essen, Herr Beigeordneter Dr. Hüttner, die größten Anstrengungen, um sich an dem Spruch vorbeizuhilfen. Da die Stadtverwaltung nicht zu bewegen war, sich dem Spruch zu unterwerfen, brachten wir die Klage vor das hiesige Gewerbegericht. Auch hier brachte es der Vertreter der Stadt fertig, daß das Gewerbegericht seinen Ausfallungen folgte, sich nicht für zuständig erklärte und enthielt, daß tatsächlich die Bezirkschiedsstelle in Dortmund noch nicht endgültig entschieden habe.

Eine Bestimmung der städtischen Arbeiter nahm zu dieser Entscheidung Stellung. In schärfen Worten wurde das Verhalten der Stadtverwaltung, insbesondere das des Herrn Beigeordneten Dr. Hüttner kritisiert. Die Stellungnahme des Gewerbegerichts wurde als unerschütterlich bezeichnet. Einmütig wurde folgende Entschiedenheit gefaßt:

„Die im Zentralverband der Gemeindearbeiter und Strassenwärter Deutschlands organisierten städtischen Arbeiter beurteilen scharf das ungerechte Vorgehen und Verhalten der Stadtverwaltung. Sie erklären darin eine

offensichtliche Rechtsverletzung und fordern die Wiedereinführung des früher bestandenen Verhältnisses. Sie werden sich die christlichen Feiertage, die nach alter Tradition den städtischen Arbeitern stets bezahlt wurden, nicht nehmen lassen und fragen die Stadtverordneten, insbesondere die der bürgerlichen Parteien, ob sie nicht gewillt sind, hier eingegriffen und die religiösen Feiertage, die Jahrzehnte bestanden haben, den städtischen Arbeitern zu erhalten, um so mehr als hier das tarifliche Recht auf Seiten der Arbeiter ist.“

Elberfeld-Warmen. Es wird vielen Kollegen noch im Gedächtnis sein, daß vor kurzer Zeit die Schwebbahn deshalb nicht fahren konnten, weil ein christlich organisierter Arbeiter es gewagt hat, in den „völlig freigewerkschaftlich organisierten Betrieb“ einzutreten. Wir haben damals die Behauptung aufgestellt: Wenn die freien Gewerkschaften es so wagen machen, dann wird auch in kurzem dem letzten der vernünftig und anständig denkenden Arbeiter ein Platz aufgeben, und sie werden leben, wohin sie geraten sind. Gerade in den Tagen nach dem Mairummel bummelte es bereits. Es wurde in Aussicht gestellt, daß nach mehreren solcher Siege die Bahn frei sei. Was wir damals vorausgesehen haben, ist bereits jetzt in großer Nähe eingetroffen. Bei der Schwebbahn sowohl wie bei der Laibahn, Abteilung Westende, war es bisher nicht möglich, andere als sozialdemokratisch organisierte Arbeiter und Angestellte zu beschäftigen. Das ist heute gründlich anders geworden. In größerer Anzahl sind die Arbeitnehmer dieser Bahnen zur christlich nationalen Gewerkschaftsbewegung übergetreten, in der einzig richtigen Erkenntnis, daß hier ihr Platz ist. Sie waren es satt, noch länger diesen Terror und diese Gewissensbisse mitzumachen. Zum anderen konnten sie es mit ihrem Gewissen nicht mehr vereinbaren, daß ihre Gelder zu Zwecken mißbraucht werden, um ihre Weltanschauung grundtätig zu bekämpfen.

Der Anfang ist gemacht, und zwar ein guter. Es steht schon heute fest, daß andere dieser Beispiele folgen werden, zumal der Bahn jetzt gedroht ist.

Berlin. Unhaltbare Zustände bei der städtischen Fleischbeschau. Die in der städtischen Fleischbeschau des Berliner Zentralfleischbeschau behäftigten Hilfskempeler erhalten für gewisse Arbeiten, die sie im Schweinefleischverrichten, neben dem tariflichen Stundenlohn eine Schwerarbeiterzulage in Höhe von 10 M. Jedoch wird diese Zulage nicht jedem der Beschäftigten gewährt. Ihre Auszahlung hängt vielmehr von der Guß des Betriebsratsmitteldes Kaiser ab. Es scheint auch als verärgere dieser nicht ganz planlos herbei, denn alle Hilfskempeler, die dem städtischen Verbands angehören, sind vom Bezug der Zulage ausgeschlossen. Diese unterschiedliche Behandlung in der Lohnzahlung hatte die Bezirksverwaltung unseres Verbandes zum Anlaß genommen, sich am 27. März d. J. beschwerdeführend an den Magistrat zu wenden. Von diesem ist die Tarifdeputation mit der Erledigung der Sache beauftragt worden, die dann in einem Schreiben vom 7. Mai (Freitag) erklärte, daß der angezeigte Mißstand behoben werden solle. Es sind nun fast wieder vier Monate vergangen, und noch immer besteht der alte ungerechte Zustand. Ungerechtigkeiten sind im Betriebe der städtischen Fleischbeschau nichts Seltenes. So hat im Monat Juni die Arbeiterinnen Sching und Stuy verfehlt werden, weil die erste der Genannten einen Freund des Betriebsratsmitglied Schiller, den Hilfskempeler Wehler, beleidigt haben soll. — Es ist dann weiter zu verzeichnen, daß Herr Direktor Hentschel im verfloßenen Jahre unter den Hilfskempelern zwei Gestaltungsgruppen gebildet hatte, die in der Verrechnung der Dienstleistung sorgfältig auseinandergehalten wurden. Die Ursache hierzu war die Revolutionsfeier am 9. Nov. gewesen. Ein Teil der Hilfskempeler hatte an Revolutionstage gearbeitet. Die Feiergaben verlangten nun des anderen Tages die Entlassung der Arbeitsfreudigen. Dies geschah



## Verbandsnachrichten.

Der Geschäftsbericht des Zentralverbandes zum 2. Verbandstage in Würzburg liegt gedruckt vor. Er ist 80 Seiten stark und enthält auch die Berichte der Bezirksleiter. Der Preis beträgt für Mitglieder 20 M., für Nichtmitglieder 25 M. Bestellungen sind an die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes, Köln, Benloer Wall 9, zu richten. Der Geschäftsbericht ist besonders wichtig für unsere Ortsgruppenvorstände und Vertrauensleute. Da nur eine beschränkte Anzahl gedruckt wurde, bitten wir um baldige Bestellung.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1923 wird demnächst erscheinen. Der Preis stellt sich auf etwa 40 bis 50 M. für das Stück. Bestellungen sind gleichfalls umgehend an die Hauptgeschäftsstelle zu richten.

Die neuen Satzungen des Verbandes treten am 1. Oktober 1922 in Kraft.

Die Kosten für die Herstellung der Verbandszeitungen sind in den letzten Wochen gewaltig gestiegen. Die Ortsgruppen werden deshalb im eigenen Interesse dringend gebeten, nur soziale Exemplare zu bestellen als Mitglieder vorhanden sind. Die Mitgliederzahl ist daher sofort der Hauptgeschäftsstelle mitzuteilen. Ebenso sind in Zukunft jeden Monat die etwaigen Veränderungen in der Mitgliederzahl dorthin zu melden.

In der Woche vom 17. bis 23. September ist der 33. Wochenbeitrag fällig.

Abgerechnet haben folgende Ortsgruppen:  
Vom 1. Quartal 1922: Haan (Rhd.), Rohr a. M., Heidelberg.

Vom 2. Quartal 1922: Schweller (Str.), Hamm (Gem.), Coesfeld, Waden, Wattenscheid, Düsseldorf (Str.), Gleiwitz, Illerhausen, Düsseldorf (Gem.), Alenstein, Duderstadt (Landkreis), Völsdam, Rhode-Emg, Offenburg (Gem.), Waldbreitbach, Beed, Viefeld, Mühlacker 1. W., Heidelberg, Berlin, Ingaffradt, Würzburg (Str.), Wanan, Baden-Baden (Kr.-Str.-W.), Mainz, Kaiserlautern, Wildrath, Reichenau.

Der Zentralverband.

## Die Kriegsbeschädigtenbewegung.

Eine der aus der Not der Zeit geborene Bewegung ist die der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Leider ist aber auch diese Bewegung mit dem alten Erbübel der Gewerkschaftsbewegung, der politischen und religiösen Zerrissenheit belastet, sehr zum Nachteil der Beteiligten selbst. Die Bemühungen, eine einheitliche Organisation für alle Opfer des Krieges zustande zu bringen, scheiterten leider an der Halsstarrigkeit, mit der parteipolitisch und antireligiös einseitig gerichtete Persönlichkeiten an der Schaffung von Organisationen tendenziöser Richtung festhielten. So ist neben den Kriegervereinen auch noch der kommunistische „Internationale Bund der Kriegsoffer“ und der „Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen“ gegründet worden, der in der Kriegsbeschädigtenbewegung etwa die Rolle der sozialistischen freien Gewerkschaften in der Gewerkschaftsbewegung vor 15 Jahren spielte und vollkommen sozialistisch eingestellt ist.

Es heißt zum Beispiel im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission schon im Jahre 1917 in bezug auf den zu gründenden Reichsbund: „Diese besondere Organisation müßte von proletarischem Geiste erfüllt, den Kriegsteilnehmern bei der Arbeiterklasse die Stütze werden, in der sie . . . ihre bestimmten Spezialinteressen mit aller Entschiedenheit verteidigen könnte. Wenn die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter diese Organisation der proletarischen Kriegsteilnehmer tatkräftig fördern und unterstützen, dann wird die fördernde Wirkung auf den Mitgliederbestand der Gewerkschaften und der Partei nicht ausbleiben.“ Bezeichnend für den Geist des Reichsbundes ist die Tatsache, daß er bereits bei seinem vor zwei Jahren stattgefundenen Würzburger Bundestag mit einer Majorität von neun Zehntel der Delegierten den Beschluß gefaßt hat, mit der von einem französischen geleiteten kommunistischen Internationalen Liga der Kriegsteilnehmer zwecks Anschluß in Verhandlung zu treten. Der Reichsbund verläßt jedoch, die Kriegsoffer selbst wie auch die Öffentlichkeit über seine einseitige Tendenz hinwegzutäuschen und sich als eine parteipolitisch und religiös neutrale Organisation hinzustellen, um besser Mitgliederfang treiben zu können. Es sei deshalb demgegenüber darauf hingewiesen, daß als älteste und größte parteipolitisch neutrale Organisation der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Berlin NW 18, Große Frankfurter Str. 53, in Frage kommt. Der Zentralverband verfolgt keinerlei Nebenziele; seine Tätigkeit besteht lediglich in der Vertretung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, für die die sachliche Arbeit des Zentralverbandes schon viele Erfolge gezeitigt hat. Der Zentralverband mit seinen mehr als 300 000 Mitgliedern bietet die Gewähr dafür, daß er auch künftig die Interessen der Kriegsoffer mit Nachdruck vertreten wird. Es liegt deshalb im eigenen Interesse aller Kriegsoffer, wenn sie den Zentralverband möglichst zu stärken suchen.

Letzte die Direktion zur Bildung der bezeichneten Gefinnungsgruppen. Zuweilen traf es sich, daß Beteiligte aus beiden Gruppen zu gemeinsamer Arbeit eingeteilt werden mußten. Es übten dann die Mitglieder der radikalen Gruppe passive Resistenz und die der anderen Gruppe mußten deren Arbeiten mitverrichten. Trotzdem wurde der Lohn an die Nichtarbeitenden voll ausgezahlt. Es bedurfte erst einer Veröffentlichung dieser Vorgänge, bevor sich die Direktion entschloß, Abhilfe zu schaffen. — Es sei dann weiter erwähnt, daß in den Rapp-Tagen eine Reihe von Hilfsentwerfer und sonstiger Arbeiter auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof Notstandsarbeiten verrichteten. Der radikale Betriebsrat, der sich gegen die Notstandsarbeiten gewandt hatte, verlangte nach dem Rapp-Streik die Entlassung derer, die die Notstandsarbeiten verrichtet hatten. Die Verwaltung konnte diesem Ansinnen nicht nachkommen, da sie sonst ihre eigene Anordnung mit Strafe belegt hätte; aber um den Betriebsrat nicht zu fränten, entschied sie sich, die in Frage kommenden Arbeiter von der Arbeit zu suspendieren. Über 1 1/2 Jahr lang hat die Zeit der Suspension gewährt. Bei den ungefähr 30 Arbeitern sind in dieser Zeit rund 1/2 Mill. Mark an Lohn gezahlt worden, ohne daß ein Handschlag Gegenleistung hierfür erfolgt wäre.

Die Steuerzahler Berlins, einschließlich der sonstigen Arbeiterklasse, werden vom Magistrat verlangen müssen, daß er sich besser um die einzelnen Betriebszweige kümmert. Dort, wo solche Zustände einziehen, wie sie hier gezeigt worden sind, ist Nachhilfe nicht mehr angebracht. Wenn sich Verwaltungsorgane als ungeeignet erweisen, dann müssen sie eben durch andere, brauchbare Kräfte ersetzt werden.

Zwischen. Die letzte Versammlung war recht gut besucht. Bemühte sich doch unser neuer Bezirksleiter aufrichtig, uns dieselbe recht interessant zu gestalten, was ihm auch gut gelungen ist. Von auswärts waren die Kollegen Baalke (Hamburg), Nowak und Sowiast (Weipzig) erschienen, wovon ersterer einen hochinteressanten Vortrag über die jetzige Wirtschaftslage und die christlichen Gewerkschaften hielt. In sehr eingehender, leicht verständlicher Weise brachte der Vortragende seine Ausführungen zu Gehör der aufmerksam lauschenden Versammlung. Kollege Nowak berichtete über die Lohnverhandlungen. Eine überaus rege Aussprache folgte und brachte mancher Wissenswerte zum Vorschein. Deutlich war daraus zu erleben, daß die von der freien Gewerkschaft angeblich erstrebte Zusammenarbeit alles andere als Wahrheit ist. Gerade das Gegenteil: Unfrieden zu stiften, ist man auf jener Seite eifrig bemüht. Die Beiträge wurden erhöht. Der Verlauf der Versammlung brachte den ersten Willen der Kollegen, auch weiterhin für unsere Interessen raktlos tätig zu sein, deutlich zum Ausdruck. Im Bewußtsein, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit gegenüber allen Anfeindungen uns und unserer Sache dienlich sind, trennte man sich gegen Mitternacht.

Wm. Welcher Agitationsweise sich die freien Gemeinde- und Staatsarbeiter hier bedienen, zeigt folgender Fall: Während der üblichen Arbeitszeit, die auch den Genossen bekannt ist, begab sich ein Mitglied des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in die Wohnung eines unserer Kollegen und verlangte von dessen Frau die Herausgabe des Verbandsbuches, um es auf die Beitragsleistung hin zu kontrollieren. Leider fiel die betreffende Frau auf diesen Trick herein. Der Genosse hat dagn aber nicht nur das Buch kontrolliert, sondern auch mitgenommen. Da dieses der zweite Fall ist, wo das Mitgliedsbuch auf diese Weise gestohlen wird, sind wir gezwungen, beim nächsten Mal die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung wegen Betrug, Unterschlagung und Diebstahl zu übergeben. Der Zweck der Übung, unsere Mitglieder durch die Anwendung derartiger unsanfter Mittel zum Uebertritt zu veranlassen, wird selbstverständlich nicht erreicht.

## Gedenktafel.



Gestorben sind die Kollegen:

Schmitz Franz, Dortmund	30. 7. 22
Wetmann Anton, Donabrück	1. 8. 22
Kern Heinrich, Bamberg	5. 8. 22
Mühl Johann, Ruckburg (Donau)	8. 8. 22
Hendriks Heinrich, Offen	9. 8. 22
Becker Heinrich, Barmen	12. 8. 22
Schumann Lorenz, Bamberg	15. 8. 22
Lehrer Franz, Baden-Baden	15. 8. 22
Fleischer August, Rheine	17. 8. 22
Högl Georg, München	20. 8. 22
Ventzer Gustavius, Baden-Baden	20. 8. 22
Groba Michael, Donabrück	21. 8. 22
Krug Wilhelm, Köln	27. 8. 22
Steinbach Johann, Remscheid	27. 8. 22
Schmitz Wilhelm, Köln	2. 9. 22

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:  
H. Eldmann, Köln, Benloerwall 9.  
Druckereid. Volkswacht-Verlags, Köln, Domsstr. 6.